

scharf links

die 'neue' linke online Zeitung

emanzipatorisch • gegeninformativ • undogmatisch

- ▶ TopNews
- ▶ Videoclips
- ▶ Audioclips
- ▶ Politik
- ▶ Soziales
- ▶ Umwelt
- ▶ Wirtschaft
- ▶ Internationales
- ▶ Kultur
- ▶ Antifaschismus
- ▶ Bewegungen
- ▶ **Debatte**
- ▶ Theorie
- ▶ scharf-links Baden-
Württemberg
- ▶ scharf-links Bayern
- ▶ scharf-links Berlin &
Brandenburg
- ▶ scharf-links Hamburg &
Schleswig Holstein
- ▶ scharf-links Hessen
- ▶ scharf-links Bremen &
Niedersachsen
- ▶ scharf-links NRW
- ▶ scharf-links
Rheinland-Pfalz
- ▶ scharf-links Saarland
- ▶ scharf-links Sachsen-
Anhalt
- ▶ scharf-links Netzwerk
- ▶ Leserbrief
- ▶ Kontakt
- ▶ Links
- ▶ Suche
- ▶ Impressum
- ▶ Online-Anzeigen
- ▶ Archiv

zum Spendenaufruf



online-spenden

Schulfreunde wiederfinden!



→ suchen



Schrei nach Führung !

05.11.10

Linksparteidebatte, TopNews

Für einen zukunftsfähigen Sozialismus

Eine Streitschrift von Rüdiger Sagel zum 1. Entwurf für ein Grundsatz-Programm der Partei DIE LINKE

Es gilt für DIE LINKE klare Positionen für einen grundlegenden sozial-ökologischen Kurswechsel zu definieren. Diese programmatischen Perspektiven können und dürfen aber nicht als Anpassung an SPD und Grüne angelegt werden. Die Bundesrepublik braucht keine fünfte neo-liberale Partei.

DIE LINKE muss strategisch wieder nach vorne gebracht werden. Seit ihrer Gründung profitiert DIE LINKE stark von ihrer polarisierenden öffentlichen Wirkung und dass sie, als neues und belebendes Element, frischen Wind in die zementierte (Parteien-) Struktur gebracht hat. Die derzeitige Apathie (in) der Partei und die stagnierende Zustimmung in der Bevölkerung sollten aber jetzt ein deutliches Warnzeichen sein. DIE LINKE ist mittlerweile, nicht zuletzt durch den Einzug in westdeutsche Landtage, im Deutschen Parteiensystem angekommen und wird öffentlich zunehmend als integraler Bestandteil dieses Systems - und damit als normale Partei - angesehen. Dadurch stellen sich auch andere Herausforderungen. Die meisten Menschen im Land erwarten konkrete Antworten auf ihre drängenden Probleme. In diesem Zusammenhang stellt auch die persönliche Glaubwürdigkeit ein hohes Gut dar. Nach der Gründung der Partei DIE LINKE im Jahr 2007 gilt es deshalb eine schonungslose Bilanz zu ziehen und mit einem neuen Programm konsequent den Weg in die Zukunft zu beschreiten. Alte Werte neu zu denken - dies ist eine der sich stellenden Herausforderungen.

Ausgehend von einer Analyse „Was wurde erreicht? – Wo ist DIE LINKE hinter ihrem Anspruch zurückgeblieben? – Was stand dem entgegen?“ gilt es nun zunächst programmatisch – und danach in Verbindung damit auch strategisch – wieder in die Offensive zu kommen.

Die Perspektiven Opponieren, Tolerieren oder Regieren stehen - so sollte es zumindest sein - nicht im Widerspruch und im Mittelpunkt. Denn jede historische Situation braucht ihre eigene und richtige politische Antwort. Die Antworten des 19. Jahrhunderts oder 20. Jahrhunderts müssen ihre zeitgemäße Entsprechung im 21. Jahrhundert finden. Dies muss ein Programm der Partei DIE LINKE leisten, will es dem eigenen Anspruch gerecht werden.

Die Programmdebatte, als öffentliches Forum angelegt, bietet nun, nicht zuletzt durch ein gewisses Führungsvakuum zur Zeit in der Partei, die Chance in einem grundlegenden Diskurs neue, zunächst programmatische, Perspektiven zu entwickeln. Dies kann aber auch nicht so geregelt werden, dass nur von einigen, und/oder strömungsexponierten VertreterInnen der Parteiflügel, die zudem teils inhaltlich kontroversen Vorgaben, lediglich zu einem notdürftigen Formelkompromiss zusammengestückelt werden. Es gibt einen Schrei nach Führung: Doch Führung heißt nicht von oben nach unten zu verordnen und zu diktieren sondern diskursiv und kooperativ zu handeln. Momentan ist festzustellen, dass nicht alle, die führen wollen, es auch können.

Reformpolitik oder antikapitalistische Politik – (K)ein Gegensatz

Ein zukunftsweisendes Programm kann und darf nicht mit nationaler, sondern muss mit internationaler Perspektive gestaltet werden. Alle aktuellen Probleme stehen weltweit im Zusammenhang und müssen auch letztlich so angegangen - und bekämpft werden. Der alte Ruf zur Sonne zur Freiheit bekommt eine neue und aktuelle Bedeutung. Im Zeitalter weltweiter ökologischer Probleme muss der Aufbruch in die Solargesellschaft jetzt konsequent umgesetzt werden. Freiheit statt Unterdrückung, internationale Verteilungsgerechtigkeit - der Kampf gegen Armut und für soziale Gerechtigkeit in einer wirklich solidarischen Gesellschaft - dies ist ein weltweites Ziel.

Der rheinische Kapitalismus wurde in den letzten Jahren und auch im Zuge der

"So gut, wie jeder schreiben und lesen lernt, muss jeder schreiben und lesen dürfen."

Karl Marx
MEW 1, S. 73, 1842

▶ **Linksparteidebatte**

▶ KrisenDebatte

▶ SozialstaatsDebatte

▶ Ökologiedebatte



Bildmontage: HF

A HÉT TERMÉKE

CSAK 2010.11.07-IG

-20%

Mellény övvel 4999,-tól

MOST 3999,-tól

A készlet erejéig

www.bonprix.hu
Google-Anzeigen

Eiszeit: Staatsstreich des Kapitals ...

Ulrich Maurer

Bester Preis EUR 5,18

oder neu

Kaufen bei **amazon.de**

Information

Finanzkrise durch den Kapitalismus angloamerikanischer Prägung ersetzt. Trotz einer weltweiten und massiven Finanzkrise hat dies nicht zu grundlegenden Änderungen am herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystem geführt, sondern lediglich den (internationalen) Wettbewerb nur noch weiter verschärft. Insbesondere der Lobbyismus (international) agierender Konzerne hat die brutale Politik gegen Arbeitende und Arme noch weiter verschärft. Die maßlose Gier nach Milliardengewinnen der Unternehmen und Millionengewinnen zur privaten Bereicherung hat immer weiter zugenommen. Bezahlt wird die Gier von wenigen Nutznießern durch viele Lohnabhängige und das sog. Prekariat. Der moderne Klassenkampf ist in seinen ökologischen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen zunehmend brutaler geworden.

In Deutschland hat die CDU/CSU und FDP-Bundesregierung, die von SPD und Grünen geöffnete Tür für (Atom-) Energie-, Versicherungs- oder Pharmakonzerne, noch weiter geöffnet. Der Kauf von Politik ist mittlerweile auch in Deutschland ein Vorgang der normalen Tagesordnung.

Doch dafür gibt es keine einfache Alternative: Revolutionäre Phantasien mögen im südlichen Teil Amerikas teils eine realistische Basis haben. In Europa entsprechen sie nicht dem herrschenden Zeitgeist der Bevölkerungsmehrheit und haben somit keine Basis. Ebenso gilt: So verlockend das Wohlfahrtsmodell der 70er Jahre auch erscheinen mag, bietet es doch keinen Schutz vor den Problemen der heutigen Zeit. Die traditionellen linken, sozialen Werte dieser Zeit, für die viele DIE LINKE wählen, müssen ihre heutige zeitgerechte Entsprechung finden. Die Verstaatlichungstheorie, die weitgehend undifferenziert nur ein Fortschreiben der derzeitigen Probleme bedeuten würde, bietet keine zufriedenstellende Lösung der drängenden Fragen der Zeit. Denn z. B. sind die öffentlich-rechtlichen Landesbanken ebenso wenig transparent wie andere und funktionieren nach denselben Mechanismen. Auch sie haben Banker, die Milliarden verzocken und zuallererst in die eigene Tasche wirtschaften. Auch verstaatlichte oder staatliche Energiekonzerne, wie z. B. Vattenfall, funktionieren nach denselben Mechanismen.

Auf die heutigen, global komplexen und kommunikativen Herausforderungen müssen deshalb aktualisierte Konzepte entwickelt und moderne wie innovative Antworten gegeben werden. Dieser Herausforderung stellt man sich im Grundsatz Programmmentwurf aber bisher nur unzureichend. Es gibt keine einfachen Antworten auf komplexe Probleme. Auch Analysen wie z.B. von Marx und Engels müssen ihre zeitgerechte Entsprechung finden, z.B. findet ein "Klassenkampf" neben anderen heute in der Schulpolitik statt.

Eine zeitgemäße antikapitalistische und LINKE Politik muss aktuell auch bei grundlegenden Reformen vorangehen. Die Frage „Wie schnell lässt sich etwas umsetzen?“ darf dabei nicht überbewertet werden. Reformpolitik heißt nicht, sich mit Minimallösungen zufriedenzugeben. Der dritte Weg ist ein verschlungener Pfad, der keine Befriedigung in einfachen Lösungen findet. Dies umso weniger, da es nicht darum geht, sich an das jeweilige Machtkalkül anzupassen und/oder in Regierungssesseln Platz zu nehmen. Es geht nicht darum, nur zu regieren, sondern zu verändern. Die sich immer wieder stellende Grundsatzfrage ist vor allem: Ist es der richtige Weg, den man beschreitet, genügt er den Kriterien sozialer Gerechtigkeit sowie ökologischer Nachhaltigkeit und ist er in der Zukunft nachhaltig?

Trotz immer wieder vorkommender Widersprüche und Brüche: DIE LINKE muss radikal denken, realistisch analysieren und so konsequent handeln, dass die eigene Glaubwürdigkeit überprüfbar gewährleistet bleibt.

DIE LINKE muss zur Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen, muss international und global denken, aber dezentralisieren, kommunalisieren und demokratische Beteiligungs- und Genossenschaftsmodelle ermöglichen.

Demokratisierung, solidarisches Wirtschaften, internationale Verteilungsgerechtigkeit
Es braucht eine Demokratisierung der Finanz- und Wirtschaftsordnung, die durch eine klare Ordnungspolitik ergänzt und begleitet werden muss. Ebenso muss die bestehende mischwirtschaftliche Ordnung als Ganzes – in ihren Bezügen zu ihren natürlichen Grundlagen und sozialen Auswirkungen – im Blickfeld behalten werden.

Eine Denkweise, die sich zwar für einen starken Staat und Verstaatlichung ausspricht, aber dann nur als (Macht-)Instrument letztlich dieselben Handlungsweisen implementiert und damit im Sinne der Durchsetzung reiner Interessen agiert, ist abzulehnen.

Wirtschaftsdemokratie bedeutet daher ganz zentral, alle wirtschaftlichen Prozesse ökologisch nachhaltig und emanzipatorisch zu gestalten. Dieses Prinzip muss Schritt für Schritt sowohl in die Wirtschaftsordnung selbst als auch in die Ordnung der Wirtschaft dauerhaft integriert werden. Unter den Bedingungen des derzeitigen globalen Kapitalismus und multinational operierender Konzerne einerseits und einer globalen Klimaveränderung andererseits beinhaltet dies nicht zuletzt auch eine soziale und internationale Gerechtigkeitsfrage. Es berührt die zentrale Frage von Krieg und Frieden. Angesichts des weltweiten Kampfes um die Ressourcen und deren Zugangs ist soziale und ökologische Politik daher in erster Linie auch Friedenspolitik.

Eine Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik muss dem Prinzip der Gerechtigkeit folgen. Internationale Verteilungsgerechtigkeit ist als Grundvoraussetzung neuer Gerechtigkeitsmodelle unabdingbar. Wir brauchen international einen fairen Handel. Es gilt nicht nur die Lebensbedingungen der Menschen in Deutschland zu verbessern, sondern vor allem auch in Ländern, wo Hunger, Wassermangel, Krankheit und grenzenlose Armut den Lebensalltag bestimmen.

Die Konsequenzen dieses notwendig veränderten Denkens und Handelns ist in westlichen Wohlstandsgesellschaften weitgehend unpopulär. Auch DIE LINKE muss sich den daraus resultierenden Konsequenzen programmatisch wesentlich schärfer stellen. Eine LINKE, die sich für internationale Gerechtigkeit einsetzt, muss der Almosenpolitik der westlichen und reichen Länder und von reichen Menschen ein Ende machen und einer tatsächlichen

Verteilungsgerechtigkeit Vorschub leisten.

Der Programmentwurf stellt sich dieser Frage nur in einem Kapitel und da auch nur im Ansatz ohne letztlich daraus folgende Konsequenzen.

Als Kriterien und langfristige Leitbilder solidarischer, ökologisch-sozialer Wirtschaftsdemokratie seien daher genannt:

- **DEMOKRATIE (partizipativ):**
Demokratie geht vor Wirtschaft und muss auf diese ausgeweitet werden.
- **WIRTSCHAFTSORDNUNG (offen):**
Die internen Regeln der Wirtschaftsordnung, auch in ihren Mischformen, müssen immer Ergebnis und nicht gesetzter Ausgangspunkt der Demokratie sein.
- **ORDNUNG DER WIRTSCHAFT (ordnungspolitisch):**
Die äußeren demokratisch-rechtstaatlichen, ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen unseres Wirtschaftens müssen jederzeit demokratisch, transparent und beeinflussbar sein.
- **NACHHALTIGKEIT (durchhaltbar):**
Nichts darf der Natur entnommen werden, was ihr nicht im Sinne einer naturgrundlagengebundenen Kreislaufwirtschaft wieder zurückgegeben werden kann.
- **GERECHTIGKEIT (solidarisch):**
Verteilungsgerechtigkeit bleibt nach wie vor Bedingung der Möglichkeit von Teilhabe-, Chancen-, Zugangs-, und Geschlechtergerechtigkeit.

Perspektiven der globalen Zivilgesellschaft – Internet Community

Die Lösung in einer Verstaatlichungspolitik zu suchen, die nach wirtschaftszentralistischen Strukturen funktioniert, ist genauso abwegig, wie auf die „unsichtbare Hand des Marktes“ zu setzen. Beide Prinzipien und Mechanismen sind eine Fiktion. Diese Prinzipien sind sozial und ökologisch blind. Die Wahrheit zentralistischer Staatsregulierung – ebenso wie die des Marktes im Kapitalismus – ist stets sichtbar geworden und gewesen und liegt auf der Hand: Naturausbeutung und -zerstörung durch die im jeweiligen System angelegten Interessen, dramatischen Fehlallokationen (siehe: Nord-Süd-Gefälle), gezielten Nicht- bzw. Desinformationen, Machtstrukturen (im Kapitalismus im Markt) durch Konzentrationsprozesse und Kartelle oder auch durch schlicht zunehmendes Versagen. Dies gilt es durch ein Flankieren dieser Prozesse und durch die neue entstehende globale Zivilgesellschaft und ihre Möglichkeiten (Stichwort „Internet Community“) zu verhindern. Diese Perspektive taucht im Programmentwurf nicht auf, ist aber für eine neue LINKE unentbehrlich und ein weiteres Fehlen ist unzeitgemäß. Dort, wo sich im Rahmen der wirtschaftlichen Globalisierung zunehmend eine postnationale Konstellation abzeichnet, muss die Demokratie von den Demokrat/innen neu erkämpft und in Teilen auch neu erfunden werden. Dezentralisierung, Kommunalisierung, Transparenz, neue Arbeit Unter den Bedingungen des entfesselten Shareholder-Value-Kapitalismus muss es zurzeit primär darum gehen, die gefährdeten sozialstaatlichen Errungenschaften zu bewahren und zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Gleichzeitig gilt es, die Hegemonie der neoliberalen Standort- und Deregulierungsideologie, welche die jetzige Sozialstaatsdemontage als alternativlos erscheinen lässt, zu durchbrechen. Dazu bedarf es einer hegemoniefähigen solidarischen Alternative. Im Zentrum einer solidarischen emanzipatorischen Politik steht die wirksame Begegnung der Massenerwerbs- und Einkommenslosigkeit. Dabei müssen auf sozialversicherungspflichtige auskömmliche Arbeitsplätze jenseits hochgradig prekärer Beschäftigungsverhältnisse, auf solidarische Umverteilung von Arbeit mittels Modellen der Verkürzung der (Lebens-)Arbeitszeit, auf den freien Zugang zu Bildung und auf einen gemeinwohlorientierten Beschäftigungssektor, Schwerpunkte gesetzt werden. Doch auch die Perspektiven die ein bedingungsloses Grundeinkommen und eine 4-in-1-Perspektive, z.B. eine Gleichstellung von Reproduktionsarbeit im Haushalt, Erwerbsarbeit, politische Beteiligung und Muße, bieten, müssen Eingang in die programmatische Ausrichtung finden.

Wir erleben gegenwärtig einen Niedergang und Strukturwandel der Lohnerwerbsgesellschaft, die durch den Produktivitätsfortschritt sowie die Automatisierung und Informationalisierung der Arbeit als auch durch die Flexibilisierung, Deregulierung und Privatisierung aller Bereiche bedingt sind. Das schafft neue Dimensionen von Arbeit und stellt gewandelte Ansprüche an eine aktive gesellschaftliche Teilhabe. Die Anforderung an eine emanzipatorische Politik besteht darin, diese Potentiale freizusetzen und eine offensive Strategie bezüglich der Reduktion der normierten Erwerbsarbeit zugunsten eines vielseitig tätigen Lebens zu entwickeln. Auch die aufgeworfenen Fragen der teilweise nicht funktionierenden Integration, verbunden mit einem teils offenen Rassismus, bedürfen klarer Lösungsansätze. Die Perspektiven einer zunehmend interkulturell werdenden Gesellschaft wie auch einer Gesellschaft, die sich zunehmend durch Individualisierung und Familien mit alleinerziehenden Eltern entwickelt, müssen konkretisiert werden. Die damit verbundenen Probleme bei Kindern und Jugendlichen, insbesondere aus armen Schichten, bedürfen einer Antwort. Chancengleichheit für alle gilt es in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft herzustellen.

Nach dem Verfall der öffentlichen Infrastruktur durch die neoliberale Privatisierungsoffensive gibt es eine ganze Reihe von Feldern gesellschaftlicher Arbeit, in denen sozialer, kultureller und ökologischer Bedarf besteht. Dazu brauchen wir u. a. auch den Ausbau von öffentlichen und genossenschaftlichen Unternehmen bis hin zu einer

Vergesellschaftung in der Form, dass die Nutzung von Produktionsmitteln für gesellschaftliche und ökologische Ziele und Zwecke dem Gemeinwohl dienen. Dies geht in wesentlichen (Wirtschafts-)Bereichen, z. B. Energie und Wasser, nur durch kleinere Strukturen sowie eine Dezentralisierung und Kommunalisierung, nicht aber durch Verstaatlichung – dies im Gegensatz zur Mobilität (Stichwort Bahn). Im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge müssen weitere Kriterien wie Zugänglichkeit, Gemeinnützigkeit, flächendeckende Versorgungssicherheit, Transparenz, politische Mitwirkungsmöglichkeiten und Erschwinglichkeit eine herausragende Rolle spielen. Hier gilt es programmatisch eine sehr differenzierte Debatte zu führen. Wir müssen weiter davon ausgehen, dass es andere Wirtschaftssysteme gegeben hat und auch nach dem Kapitalismus weiterhin geben kann und hoffentlich wird.

Vier gesellschaftspolitische Ziele sollen erreicht werden:

Erstens: eine für die Mehrheit der Menschen intervenierende staatliche Wirtschaftspolitik, die sowohl Konjunktur- und Wachstumsprozesse aussteuert als auch ökologische Erfordernisse integriert und verteilungsungerechte Marktergebnisse korrigiert (Globalsteuerungsziel)

Zweitens: Die zurzeit bestehende Macht marktbeherrschender Unternehmen muss uneingeschränkt bekämpft werden! (Ordnungsziel)

Drittens: Es geht um die Teilhabe der abhängig Beschäftigten an den von ihnen geschaffenen Gewinnen, und ebenso um die Teilnahme an den Entscheidungsprozessen in ihren Unternehmen sowie um die Entwicklung neuer Anerkennungs- und Entlohnungsformen von bisher nicht bezahlten Formen der Arbeit. (Partizipations- und Integrationsziel)

Viertens: Es geht um die Zurückdrängung von entwürdigenden ökonomischen Abhängigkeiten lohnabhängiger Arbeit. (Emanzipationsziel)
In diesem Sinne brauchen wir gerade im Zeitalter der Globalisierung eine solidarische Politik mit klaren Emanzipationszielen, welche sich am Menschen und seinen Bedürfnissen orientiert. Die Chance und der Platz für neue Gedanken über die Rolle einer linken Partei im 21. Jahrhundert muss jetzt genutzt werden.

Zur Person:

*Rüdiger Sagel ist stv. Fraktionsvorsitzender im Landtag NRW
Von 2007-2010 Bundesdelegierter der "Ökologischen Plattform"*

[<< Zurück](#)